



Pressekontakt:

BUND Odenwald, Harald Hoppe - 06163 912174

Bilder zum Abdruck im Zusammenhang mit dieser Pressemitteilung freigegeben

09.01.19 - Pressemitteilung 2019-01:

Oberzenter Politik ist gegen den Klimaschutz

Der Kreisverband vom Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) wertet die öffentliche Diskussion um die Windkraftnutzung in Oberzent unter dem Aspekt, inwieweit die grundlegenden Argumente von den verantwortlichen Politikerinnen verstanden wurden.

Deshalb sei auf die wichtigste Aussage hier nochmals hingewiesen: Die Debatte ging von der einhelligen Einschätzung von 99% aller wissenschaftlichen Beiträge der vergangenen 20 Jahre aus, dass die Menschheit zur Veränderung der Atmosphäre einen schwerwiegenden Beitrag leistet. Dieser Beitrag führt zu der Veränderung des Weltklimas, die Wissenschaftler ebenso einhellig in ihren negativen Auswirkungen beschreiben. Beide Grundaussagen werden von einer Minderheit in der Wissenschaft nicht geteilt. Weil sie das bestehende wirtschaftliche System der Energieerzeugung in Frage stellen, werden diese Aussagen von der Energiewirtschaft ebenfalls angezweifelt. Die Energiewirtschaft ist aber nicht in der Position, über grundsätzliche wissenschaftlich erarbeitete Thesen neutral zu urteilen, weil sie selbst Teil des Problems ist.

Also wurden die Fragen der künftigen Energieerzeugung in den Jahren seit 1993 durch politische Entscheidungen beantwortet. Bis heute sind keine in eine andere Richtung weisende Grunderkenntnisse zum Weltklima bekannt geworden – alternative Fakten werden von Minderheiten gepflegt. Die auf Landes- und Bundesebene agierenden Politikerinnen von CDU, SPD und Bündnis900/Die Grünen stellen in persönlichen Gesprächen stets klar, dass sie die Verpflichtung des Klimaschutzabkommens von Paris ernst nehmen – leider sind sie nicht zu bewegen, dies im Odenwald auch öffentlich zu tun. Frank Diefenbach von den Grünen ist die rühmliche Ausnahme.

In Hessen wurde vor 7 Jahren das Ziel ‚2% der Landesfläche für Windkraft vorsehen!‘, vereinbart. Wenn die Stadtverordneten von Oberzent jetzt darauf bestehen, dass diese Durchschnittszahl als Obergrenze auf ihre Kommune anzuwenden ist, dann zeigen sie, dass sie die grundlegenden Gedanken der Energiewende nicht verstanden haben – oder nicht verstehen wollen.

Der BUND-Odenwald sieht jedenfalls in der Resolution aus Beerfelden den Beweis, dass die bisherige naturfeindliche Politik in der Stadt am Berg weiter die Oberhand hat. Die Stadtverordneten haben seit einem Jahr Kenntnis über grundsätzliche und prinzipielle Versäumnisse ihrer Verwaltung bei der Umsetzung beschlossener umweltrelevanter Festsetzungen in Bebauungsplänen der Stadt. Der BUND hat dies dokumentiert und die Verwaltung zum Nachbessern für die Natur aufgefordert. Eine Meinung aus der Stadtpolitik zu diesem Thema haben allein die Grünen mitgeteilt.

Die Resolution zum Regionalplan Südhessen und die Drohgebärde mit einer Normenkontrollklage ist außer Populismus nur heiße Luft. Eine solche Klage ist nur dann mit Erfolgsaussicht zu führen, wenn die Inanspruchnahme der Kommune durch den Regionalplan eine ‚über das normale Maß hinausgehende‘ Qualität hätte. Der Entwurf des Regionalplans wies 2017 für Beerfelden einen Flächenanteil für Windkraftanlagen von 2,9% - für Rothenberg 2,2% aus. Inzwischen wurden einige Flächen verkleinert. Dies wissen die Spitzen der Verwaltung im Rathaus und im Landratsamt. Wenn jetzt also per Resolution gedroht wird, ist das erstens substanzlos, zweitens scheinheilig (bei SPD und CDU) und drittens undemokratisch – weil man mit dieser Position eine lautstarke Minderheit abseits von demokratisch legitimierten Strukturen der Meinungsbildung hofiert.

Wenn die Oberzenter Politik sich jetzt damit profiliert, den Akteuren der Windkraftbranche Stolpersteine in den Weg zu legen, dann zeigt sie damit leider nur, dass sie die Grundzüge unseres Umgangs mit unserer Welt nicht zu ändern bereit ist. Der BUND fordert seit 20 Jahren



dazu auf, größere Effizienz und die Einsparung von Strom zu praktizieren. Ein Schwenk der Debatte in diese Richtung könnte mehr bewirken, als das Drohen mit Verwaltungsgerichtsprozessen.